



One Democratic State

Die Münchner Deklaration für einen einzigen demokratischen Staat im historischen Palästina *

München, Deutschland, 29. Juni bis 1. Juli 2012

1. Auf dem gesamten Gebiet des historischen Palästina zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan wird ein demokratischer Staat geschaffen. Das Land gehört allen seinen Bürgern und Bürgerinnen, allen, die gegenwärtig dort leben und allen, die während des vergangenen Jahrhunderts vertrieben worden sind, einschließlich ihrer Nachkommen.
2. Dieser Staat wird unabhängig und souverän sein. Alle Bürgerinnen und Bürger genießen die gleichen Rechte und können in Freiheit und Sicherheit leben.
3. Dieser demokratische Staat in Palästina wird alle Formen der ethnischen Säuberung, der Besatzung und der Rassendiskriminierung beenden. Dies betrifft die von den zionistischen Israelis praktizierten Handlungen, unter denen die palästinensische Bevölkerung zu leiden hat.
4. Das wiedervereinigte Land wird eine Demokratie sein. In ihr haben alle erwachsenen Bürger und Bürgerinnen das gleiche Recht zu wählen und gewählt zu werden, ihre Stimme abzugeben, ein Amt auszuüben und Führungsaufgaben im Staat zu übernehmen. Kein vom Staat erlassenes Gesetz, keine Vorgehensweisen staatlicher Institutionen dürfen Bürgerinnen und Bürger benachteiligen oder diskriminieren. Alle haben die gleichen Rechte und alle sind
- gleich zu behandeln, auch wenn sie sich in Abstammung, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, Nationalität, sozialer Herkunft, Besitz, einer Anschauung oder in einem anderen Status unterscheiden.
5. Religiöse und staatliche Institutionen werden getrennt sein. Keine Religion wird besondere Privilegien erhalten. Die gleiche und freie Religionsausübung wird gewährleistet.
6. Der neue Staat wird den palästinensischen Flüchtlingen ihr Rückkehrrecht garantieren. Er räumt dieser Aufgabe Priorität ein. Er unterstützt die Flüchtlinge darin, ihr Rückkehrrecht wahrzunehmen, um zu den Orten, von denen sie vertrieben worden sind, zurückzukehren, um dort ihr privates Leben wieder aufzubauen und an der Schaffung des neuen Staates teilzunehmen. Palästinensisches Privateigentum muss zurückgegeben oder durch eine vereinbarte Entschädigung ausgeglichen werden. Die Wiederherstellung der Rechte geschieht unter Beachtung der gleichen Rechte und des rechtsstaatlichen Schutzes ALLER Bürgerinnen und Bürger.
7. Das Land, das in öffentlicher oder staatlicher Hand ist, wird allen Bürgern und Bürgerinnen gehören. Dessen Nutzung und der Erlös daraus steht allen in gleicher Weise zu.

8. Dieser Staat wird sicherstellen, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger kulturell frei entfalten können. Dies bezieht sich auf Sprachen, Künste, Kulturen, den Gebrauch von eigener Kleidung und das Ausüben ihrer Sitten. Keine Kultur darf diskriminiert und in ehrverletzender Weise abgewertet werden.

9. Alle Bürger und Bürgerinnen werden einen gleichberechtigten Zugang zu Beschäftigung auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Gesellschaft erhalten. Eine Anstellung darf nicht durch Sprach-, Rassen-, Religions-, Geschlechts- oder Nationalzugehörigkeit bestimmt oder beschränkt werden.

Alle Bürgerinnen und Bürger werden den gleichen Zugang zu öffentlicher Bildung und zu Berufsausbildung haben. Alle müssen die gleiche Möglichkeit erhalten, ihre Talente zu nutzen und ihre Träume zu erfüllen.

10. Dieser Staat wird internationales Recht achten und wahren. Er verpflichtet sich zu friedlichen Konfliktlösungen durch Verhandlung und der Wahrung der gemeinschaftli-

chen Sicherheit unter Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen. Dieser Staat wird alle internationalen Abkommen betreffend Menschenrechte unterzeichnen und ratifizieren. Die Menschen des vereinigten Palästina werden dazu angehalten, Rassismus zurückzuweisen und antirassistische, soziale, kulturelle und politische Rechte getreu den maßgeblichen Übereinkommen der Vereinten Nationen zu fördern.

Dieser Staat wird die Errichtung eines Nahen Ostens frei von Massenvernichtungswaffen anstreben und selber dazu beitragen.

** Eine Vision zur Lösung des israelisch/palästinensischen Konflikts, die von allen gegenwärtigen Deklarationen und Initiativen für einen demokratischen Staat geteilt wird. Die Münchner Tagung ruft alle Unterstützenden, Aktivisten und Aktivistinnen für einen demokratischen Staat dazu auf, sich für die Schaffung einer internationalen Bewegung für einen einzigen demokratischen Staat im historischen Palästina zusammenzufinden.*

www.onedemocraticstate.org